

Januar 2020

# Länderbericht

Länderbüro Bosnien und Herzegowina (Sarajevo)



## Bosnien und Herzegowina – ein besonderes Land

---

### Ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Krieges Licht und Schatten

*Sven Petke*

800 Meter in 1:43,47 Minuten belohnten Amel Tuka am 01. Oktober 2019 mit der Silbermedaille bei der Leichtathletik-WM in Doha. Der Vizeweltmeister aus Bosnien und Herzegowina war der einzige Europäer unter den ersten acht und einer von drei WM-Teilnehmern aus BiH. Der unerwartete internationale Erfolg des Mittelstrecklers wurde im Land bejubelt und rückte es für kurze Zeit in ein positives Licht.

Aber die Schatten der Vergangenheit bestehen fort. In diesem Jahr jähren sich der Genozid von Srebrenica und die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Dayton im Jahr 1995 zum 25. Mal. Die Ermordung von über 8.300 Jungen und Männern im Juli 1995 durch bosnisch-serbische Streitkräfte von General Mladic und Paramilitärs war das schlimmste Kriegsverbrechen in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die seelischen Wunden können nach 25 Jahren nicht verheilt sein.

Das Erinnern und das Gedenken an die Opfer am Jahrestag böte zugleich eine Gelegenheit, das gemeinsame Interesse an der Zukunft und den Abbau unterschiedlicher politischer Interessen der Bosniaken, Serben und Kroaten zu dokumentieren. Bei allen bekannten Schwächen und Defiziten gibt es durchaus positive Entwicklungen. Trotz aller Mängel, gilt Bosnien und Herzegowina heute als demokratischer Staat, in dem die Bürger im Einklang mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten grundsätzlich verfassungsmäßig garantierte Rechte haben. Das Friedensabkommen von Dayton ist noch immer Grundlage des politischen Systems obwohl es nicht dauerhaft gelten sollte. Zu den Defiziten zählt die Nichtumsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) im Fall Sejdic/Finci gegen Bosnien und Herzegowina vom Dezember 2009. Der Gerichtshof stellt diskriminierende Bestimmungen gegen Juden, Roma und Vertreter anderer nationaler Minderheiten in Bosnien und Herzegowinas Verfassung fest.

### Rollentausch in Teilen

„Neue Regierung in Bosnien und Herzegowina – Startschuss für Reformen?“ fragte Sabina Wölkner im Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung im Januar 2012. Acht Jahre und zwei Wahlen später kann diese Frage erneut gestellt werden.

Erste Veränderungen erbrachten die Wahlen für die Zusammensetzung des Staatspräsidiums des Gesamtstaates Bosnien und Herzegowina. Gewählt wurden als bosniakisches Mitglied Šefik Džaferović (SDA), als kroatisches Mitglied Željko Komšić (DF) und Milorad Dodik (SNSD) als serbisches Mitglied. Gehörten im alten Staatspräsidium alle Mitglieder Parteien der EVP an, ist es nun allein Džaferović. Insbesondere die Wahl von Dodik gestaltet die weiteren Schritte des Landes in die NATO deutlich schwieriger.

Mit der vollzogenen Bildung einer neuen Regierung auf der gesamtstaatlichen Ebene nach den Wahlen im Oktober 2018 ist allein ein notweniger Schritt erfolgt. Weder die Richtung noch der Zeitpunkt der nächsten Schritte wurden öffentlich. Zum Vorsitzenden des Ministerrates wählte die Abgeordnetenversammlung Zoran Tegeltija von der SNSD. Dem

Ministerrat gehören zurzeit 9 Mitglieder folgender Parteien an: SDA, SBB, HDZ Bosnien, SNSD, sowie der DF. Offen ist weiterhin die Besetzung des Ministeriums für Menschenrechte und Flüchtlinge. Die SNSD hat Mladen Božović von der DNS vorgeschlagen. Zur Erinnerung: Wahlsieger am 7. Oktober 2018 waren bei einer niedrigen Wahlbeteiligung von 53 Prozent die SDA, die SNSD und die HDZ Bosnien. Die PDP und die SDS verlassen die Regierungsbank, die SNSD nimmt auf ihr Platz. Von den ehemals vier Regierungsparteien, die Mitglied der EVP sind bzw. einen Mitgliedsantrag gestellt haben, verbleiben somit zwei. Die Mehrheitsverhältnisse haben diesen Tausch nicht erzwungen. Offenbar war es das Ziel, die SNSD von Milorad Dodik in die Regierung aufzunehmen.

Die noch nicht vollständige Konstituierung des Ministerrates erfolgte unter einem spürbaren internationalen Druck und vor dem zeitlichen Hintergrund der bereits im Oktober dieses Jahres anstehenden Bürgermeister- und Lokalwahlen. Ohne Frage hat der Wahlkampf in den Kommunen bereits begonnen.

Weiterhin nicht erfolgt ist die Bildung einer neuen Regierung in der Entität der Föderation. Während die Regierung der Entität Republika Srpska bereits im Dezember 2018 gebildet wurde – die SNSD führt in der Volksversammlung in Banja Luka eine 2/3 Mehrheit, blockiert die HDZ Bosnien mit der Forderung nach einem neuen Wahlrecht die Regierungsbildung in der Föderation.

## 12 Punkte für die Regierung

Politischer Streit über die dringend notwendige Reformagenda für das Land erfolgte nicht. Obwohl bereits im Jahr 2009 beschlossen, ging es in der öffentlichen Auseinandersetzung fast ausschließlich um die Ablehnung der Mitgliedschaft von Bosnien und Herzegowina in der NATO durch Dodik und die SNSD. Erwähnenswert ist, dass sich Bosnien u. a. mit über 50 Soldaten und Offizieren an der NATO -Mission in Afghanistan beteiligt. Der nunmehr gefundene Text wird den Weg zur Mitgliedschaft möglicherweise verzögern.

Keine der vorhandenen innenpolitischen Herausforderungen wurde im politischen Prozess der Mehrheitsbildung für eine neue Regierung auf die Tagesordnung gesetzt. Gerade 12 Punkte allgemeiner Natur umfasst die Vereinbarung zur Bildung einer Regierung zwischen den Vorsitzenden der SDA, der HDZ Bosnien und der SNSD. Wer wissen möchte, welche Regierungsvorhaben der Ministerrat bis zu den Wahlen im Oktober 2022 in Bosnien gestalten möchte, welche konkreten Ziele er verfolgt, bleibt hier ohne ausreichende Antwort.

## Chancen ungenutzt

Positive Entwicklungen in Bosnien und Herzegowina werden in der Wirtschaft mehrfach deutlich. Zwar ist die Volkswirtschaft eine der schwächsten in Europa. Jedoch wachsen die verarbeitende Industrie und der Tourismus teilweise zweistellig. Die Europäische Union ist der mit Abstand größte Handelspartner. Deutschland ist dabei der wichtigste Handelspartner unter den Staaten.

Chancen bietet auch die Energieerzeugung. Immerhin ist elektrischer Strom das stärkste Exportgut und die Erzeugung von Strom aus Wasser, Wind und Sonne hat ein großes Potential. Ausländische Investitionen gab es und gibt es. Mittel für öffentliche Investitionen sind ebenfalls vorhanden. Der lange Zeitraum der Bildung des Ministerrates hat auch hier wichtige Entscheidungen verzögert.

## Mangel an Rechtsschutz

In Bosnien und Herzegowina fehlt ein wirksamer Rechtsschutz. Defizite und notwendige Reformen in der Justiz definiert der Priebe-Bericht vom Dezember 2019 sehr deutlich. Hier wird auf den Länderbericht des Regionalprogramms Rechtsstaat Südosteuropa zum sog. Priebe-Bericht zur Justiz in Bosnien und Herzegowina hingewiesen. Trotz großer

Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft gehört der Aufbau eines arbeitsfähigen Rechtsstaates zu den größten politischen und praktischen Herausforderungen des Landes.

## Bildung/PISA

Bosnien und Herzegowina nahm im 2018 erstmalig an der internationalen PISA Studie der OECD teil. Das Land erreichte Platz 62. Rund 600.000 Schülerinnen und Schüler aus 79 Ländern und Regionen haben 2018 daran teilgenommen. PISA fragt nicht Faktenwissen ab, sondern testet, ob die Teilnehmenden ihr Wissen anwenden und Informationen sinnvoll verknüpfen können – Schlüsselkompetenzen, um in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts erfolgreich zu sein. Die Ergebnisse der Studie wurden zur Kenntnis genommen.

Bei der Bildungspolitik werden die Schwierigkeiten des Landes sichtbar. Für die Bildungspolitik sind die Entität Republika Srpska, in der Entität Föderation 10 Kantone und der Brčko -Distrikt zuständig. Zwar existiert eine gemeinsame Agentur für Bildungsinhalte, Reaktionen der Politik auf die PISA-Ergebnisse erfolgten dennoch nicht. Die Teilnahme des Landes an der folgenden PISA-Studie im Jahr 2021 ist bisher unklar. Die dazu wiederum notwendige Entscheidung des Staatspräsidiums ist nicht erfolgt. Hintergrund ist offenbar die Ablehnung durch Milorad Dodik.

## Migration

Die Anzahl der festgestellten illegalen Einreisen stieg von unter 1.000 im Jahr 2017 auf über 29.000 im Jahr 2019. Ziel der Migranten sind die Staaten der Europäischen Union in Mitteleuropa. Die Politik betrachtet Bosnien daher als Transitland. Im Umgang mit den Migranten zeigt sich an vielen Punkten die Überforderung der staatlichen und kommunalen Strukturen. Eine Zusammenarbeit mit der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) beim Grenzmanagement könnte die Situation entschärfen. Es bleibt abzuwarten, ob die im November 2019 vereinbarte Zusammenarbeit zwischen Serbien und Frontex die bisherige Ablehnung in Bosnien durch die SNSD beeinflusst.

## Exodus

190.495 Menschen aus Bosnien und Herzegowina lebten 2018 in Deutschland. Gegenüber dem Vorjahr verzeichnete das Ausländerzentralregister einen Anstieg um 9.545. Im Jahr 2016 waren es 172.560. Die langen Schlangen und Wartezeiten vor der Deutschen Botschaft in Sarajevo legen den Schluss nahe, dass die Zahl im Jahr 2019 auf über 200.000 gestiegen ist. Neben jungen Menschen gehen auch Familien. Bosnien und Herzegowina hat ein ernstes demographisches Problem. Im Jahr 2017 betrug die Fertilitätsrate in Bosnien und Herzegowina nur 1,38 Kinder je Frau. In der EU betrug die Rate 1,59, in Deutschland 1,57. Der Schritt in das Ausland wird mit wirtschaftlichen Interessen und häufig mit fehlenden Perspektiven und einer unsicheren Zukunft begründet. Konkrete Auswirkungen des Exodus werden auch jenseits der betroffenen Familien deutlich. Vertreter der Wirtschaft weisen auf einen Mangel an Fachkräften hin. Die mit dem Inkrafttreten des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes am 01. März 2020 verbundene Öffnung, dürfte die Zahlen weiter erhöhen. Zwar bekennt sich Deutschland zur ethisch verantwortbaren Gewinnung von Fachkräften, doch bleibt abzuwarten welchen Einfluss dieses Bekenntnis in der Praxis hat.

Bisher bleibt die Politik in Bosnien und Herzegowina ohne Antwort auf diese ernste Entwicklung. Das vorhandene Potenzial der Diaspora wird bisher unzureichend genutzt. Die persönlichen Leistungen sind zum Teil beeindruckend. So wurde am 07. Januar Alma Zadić zur Bundesministerin für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz der Republik Österreich in der Regierung von Bundeskanzler Sebastian Kurz ernannt. Zadić stammt aus Tuzla und flüchtete als Kind mit ihren Eltern vor dem Krieg in Bosnien und Herzegowina. Die

Netzwerke, Fähigkeiten und Ressourcen der Diaspora werden im Land gebraucht, um sich in Zeiten des wirtschaftlichen Wettbewerbs zu entwickeln und erfolgreich zu sein. Eine enorme Bedeutung für die Gesamtwirtschaft und viele private Haushalte haben die Überweisungen der Diaspora. 1,97 Mrd. Euro überwies die Diaspora nach Schätzung der Weltbank 2018 nach BiH – 11 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

## EU-Beitrittsperspektive

Der Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union erfolgte im Februar 2016. Obwohl die übergroße Mehrheit der Politik die Mitgliedschaft unterstützt, erfolgt die Annäherung an die EU zum Teil schwierig. Vierzehn Schwerpunkte sollen nach den Vorstellungen der EU-Kommission die Gespräche zwischen dem Rat und der neuen Regierung in Bosnien bestimmen. Genannt werden die Rechtsstaatlichkeit und die Korruptionsbekämpfung. Offen ist, welche Auswirkungen das negative Votum von Frankreich zu den Beitrittsverhandlungen von Albanien und Nordmazedonien auf Bosnien und Herzegowina hat. Die beantragte Mitgliedschaft wurde in den letzten Jahren als Hauptbegründung für die Notwendigkeit von Reformen genannt. Dieses Vorgehen hat sich nicht allein durch das Vorgehen des Frankreichs zum Teil verbraucht. Offenkundig ist, dass Bosnien und Herzegowina auf seinem Weg nach Brüssel zwischenzeitlich von den Nachbarn überholt wurde. Gleichwohl hat die Beitrittsperspektive einen hohen Stellenwert für Bosnien und Herzegowina.

## 25 Jahre nach dem Genozid von Srebrenica

In diesem Jahr jähren sich der Genozid von Srebrenica und die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Dayton im Jahr 1995 zum 25. Mal. Die Ermordung von mehr als 8.300 muslimischen Männern und Jungen im Juli 1995 durch Streitkräfte von General Mladic war das schlimmste Kriegsverbrechen in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Der Krieg forderte mit 100.000 Toten die meisten Opfer der Nachfolgekrieg im ehemaligen Jugoslawien. Die seelischen Wunden können nach 25 Jahren nicht verheilt sein.

Das Erinnern und das Gedenken an die Opfer am Jahrestag wäre zugleich eine Gelegenheit, das gemeinsame Interesse an der Zukunft und den Abbau unterschiedlicher politischer Interessen der Bosniaken, Serben und Kroaten zu dokumentieren. Bei allen bekannten Schwächen und Defiziten gibt es durchaus positive Entwicklungen. Trotz aller Mängel, gilt Bosnien und Herzegowina heute als demokratischer Staat, in dem die Bürger im Einklang mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten grundsätzlich verfassungsmäßig garantierte Rechte haben.

Zu hoffen ist, dass wenigstens Teile der Politik die Kraft zu solchen Signalen aufbringen. Jeder Schritt in Richtung Normalität ist gut für ein stabiles Bosnien und Herzegowina.

Der Priebe-Bericht fasst den Wunsch vieler Menschen in Bosnien und Herzegowina in zwei Sätzen klar zusammen: „Die Politiker im Land müssten konstruktiver zusammenarbeiten, damit wichtige Reformen eingeleitet werden können. Genau das findet aber seit Jahren nicht ausreichend statt.“

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

Sven Petke

Leiter

Länderbüro Bosnien und Herzegowina (Sarajevo)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[sven.petke@kas.de](mailto:sven.petke@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)